



Bern, 16. Januar 2024

Nein zur unsozialen und untauglichen Renteninitiative

Heute hat das breit abgestützte überparteiliche Nein-Komitee seine Argumente gegen die Renteninitiative präsentiert. Diese verlangt, dass das Rentenalter jährlich automatisch erhöht wird. Das ist unsozial, technokratisch und undemokratisch. Deshalb lehnt ein breites Komitee von links bis rechts die Renteninitiative als untaugliches Instrument zur Reform der Altersvorsorge ab.

Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen verlangt, dass das Rentenalter, bzw. neu Referenzalter, zunächst auf 66 Jahre erhöht und danach automatisch an die Lebenserwartung der 65-Jährigen gekoppelt wird. Das Nein-Komitee lehnt die Initiative ab, weil es sich dabei um eine untaugliche und unsoziale Lösung für die Herausforderungen der Altersvorsorge handelt. Die Initiative zielt an den aktuellen Pensionierungsrealitäten vorbei und verkennt die Auswirkungen auf das Sozialversicherungssystem und die Gesundheit der Bevölkerung.

Für das Nein-Komitee ist klar, dass die Renteninitiative soziale Ungleichheiten noch weiter vergrössern würde. Wer in tiefer qualifizierten Jobs arbeitet, hat in der Schweiz eine tiefere Lebenserwartung und einen schlechteren Gesundheitszustand im Alter. Nicht allein die Lebenserwartung darf deshalb ausschlaggebend sein für die Festsetzung des Rentenalters, sondern vielmehr auch die Anzahl gesunder Jahre in Rente. «Wer sein ganzes Leben lang gearbeitet hat, hat ein Anrecht auf einen Ruhestand bei guter Gesundheit und mit möglichst langer hoher Lebensqualität», fordert **Léonore Porchet**, Grünen-Nationalrätin und Vize-Präsidentin von Travail.Suisse. **Adrian Wüthrich**, Präsident von Travail.Suisse, fügt an: «Heute müssen wir nicht mehr bis zum Tod arbeiten, sondern können unseren Lebensabend in Sicherheit und Würde verbringen. Die Renteninitiative stellt diese wesentliche Errungenschaft unseres Sozialstaates in Frage.»

«Wir haben anlässlich der AHV21-Abstimmung versprochen, dass wir die nächste Reform ganzheitlich angehen und nicht einfach eine weitere Erhöhung des Referenzalters umsetzen. Dies auch im Hinblick darauf, dass es nicht für alle Erwerbstätigen möglich ist, einfach länger zu arbeiten», hält **Erich Ettlin**, Mitte-Ständerat fest. Für ältere Beschäftigte ist es schon heute schwierig, eine neue Stelle zu finden, wenn sie arbeitslos werden. Die Renteninitiative würde es vielen Arbeitnehmenden weiter erschweren, bis zum Rentenalter im Arbeitsmarkt zu bleiben. Es käme zu einer Verlagerung der Kosten in andere Sozialwerke.

Die Renteninitiative wird in erster Linie den Mittelstand und die tiefen Einkommensschichten treffen, ohne die Finanzierung der AHV relevant zu verbessern. «Wer es sich leisten kann, wird sich genau wie heute auch in Zukunft frühpensionieren lassen, anstatt bis zum Referenzalter seine Lohnbeiträge einzuzahlen. Normal- und Geringverdienende werden die Auswirkungen der Renteninitiative hingegen voll zu spüren bekommen und unabhängig von ihrem Gesundheitszustand länger arbeiten», so **Melanie Mettler**, Nationalrätin Grünliberale. «Für Arbeitnehmende in besonders harten Branchen stehen die

Frühpensionierungsmodelle auf dem Spiel. Banker können weiterhin mit 60 in Rente, weil sie es sich leisten können, während Normalverdiener länger arbeiten sollen. Das ist extrem ungerecht», so **Pierre-Yves Maillard**, SP-Ständerat und Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds.

Schliesslich unterstreicht das Komitee die undemokratische und technokratische Natur der Renteninitiative. Die automatische jährliche Anpassung des Rentenalters generiert Unsicherheit bei den Arbeitnehmenden und massiven administrativen Aufwand. Weder der Bundesrat noch das Parlament oder die Bevölkerung hätten bei der Festsetzung des Rentenalters ein Mitspracherecht. «Die automatische Festsetzung des Rentenalters ist ein zu rigider Mechanismus, der nicht mit unseren demokratischen Prinzipien vereinbar ist», so **Thomas Bläsi**, Nationalrat SVP.

Dokumente

Die Redebeiträge der Referentinnen und Referenten stehen unter folgendem Link zum Download bereit: www.renteninitiative-nein.ch

Auskünfte

- Thomas Bläsi, Nationalrat SVP, 079 831 68 70
- Erich Ettlin, Ständerat Die Mitte, 079 399 60 80
- Pierre-Yves Maillard, Ständerat SP / Präsident SGB, 079 743 42 37
- Melanie Mettler, Nationalrätin / Vizepräsidentin Grünliberale Schweiz, 078 781 18 48
- Léonore Porchet, Nationalrätin GRÜNE / Vizepräsidentin Travail.Suisse, 079 350 67 42
- Adrian Wüthrich, Präsident Travail.Suisse, 079 287 04 93

Das Nein-Komitee

Die laufend aktualisierte Liste der Komiteemitglieder, sowie weitere Infos zum überparteilichen Komitee sind unter folgendem Link zu finden: www.renteninitiative-nein.ch